



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 23.02.2015

Niederschrift

über die **4. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Mittwoch, dem 28.01.2015, 10:08 Uhr bis 14:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	in Vertretung für Herrn Welter
Frau Karin Reinhardt	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Marco Malavasi	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU

Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Jochen Saurenbach	Stadt AG LST

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Günter Allerödter	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Frau Birgit Herbst	Puppenspiele
Frau Nadine Müseler	Kulturamt
Herr Michael Troost	Museumsreferat
Frau Dr. Hannelore Vogt	Stadtbibliothek

Gäste

Herr Prof. Dieter Manderscheidt	Hochschule für Musik und Tanz, Köln
Herr Daniel Mennicken	ON – Neue Musik

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU
--------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

- TOP A Antrag der CDU-Fraktion auf eine Aktuelle Stunde zur regionalen Kulturförderung des LVR 2015 - Coloniahaus der Freien Volksbühne Köln (Millowitsch Theater)
- TOP 5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Coloniahaus der Freien Volksbühne“
- zu TOP 6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung"
- zu TOP 7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln"
- zu TOP 8.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2015"

Zum Schwerpunktthema „Darstellung der Sparte Musik“ bittet sie, Herrn Mennicken, Geschäftsführer ON – Neue Musik und Herrn Prof. Manderscheid, Dekan des Fachbereichs Pop/Jazz an der Hochschule für Musik und Tanz Köln das Rederecht zu erteilen.

Herr von Rautenstrauch bittet den darum, den Tagesordnungspunkt 19.1 zu den Baumängeln im Kulturzentrum am Neumarkt im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Prof. Schäfer entgegnet, dass dies seines Erachtens aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang auf das juristische Verfahren hin.

Zur Tagesordnung schlägt sie vor, die Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Coloniahaus der Freien Volksbühne“ gemeinsam mit der aktuellen Stunde zu behandeln.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** Antrag der CDU-Fraktion betreffend " Aktuelle Stunde zur regionalen Kulturförderung des LVR 2015 - Coloniahaus der Freien Volksbühne Köln (Millo-witsch Theater)"
AN/0212/2015

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

- 2.1 Vortrag der Direktorin der Stadtbibliothek zum
Strategiekonzept der Stadtbibliothek Köln - aktualisierte und überarbeitete
Auflage
3264/2014

Jahresbericht 2014 der Stadtbibliothek Köln
3967/2015

- 2.2 Vorstellung der neuen Referentin für Bildende Kunst und neue Medien

- 2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Musik
0143/2015

3 Kulturbauten

- 3.1 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorha-
ben
0050/2015

- 3.2 Bericht über den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Mu-
seums Köln
0056/2015

- 3.3 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bil-
darchives am Eifelwall
0059/2015

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

5 Schriftliche Anfragen

- 5.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Sanierung Stadtbibliothek"
AN/0171/2015

- 5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Coloniahaus der Freien Volksbühne"
AN/0213/2015

6 Schriftliche Anträge

- 6.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung"
AN/0119/2015

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung"
AN/0214/2015

7 Allgemeine Vorlagen

- 7.1 Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln
2469/2014

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln"
AN/0215/2015

8 Sonderausstellungen

- 8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2015
3557/2014

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2015"
AN/0207/2015

9 Annahme von Schenkungen

- 9.1 Schenkung Baukhage an das Kölnische Stadtmuseum
3487/2014

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Beendigung des Projektes "Residenz- und Research-Programm für den Freien Tanz" zum 31.12.2014
3600/2014

11.2 Fortsetzung des StadtLabors für Kunst im öffentlichen Raum
3858/2014

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

14 Schwerpunktthemen

15 Schriftliche Anfragen

16 Schriftliche Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Sonderausstellung "Alibis: Sigmar Polke. Retrospektive" des Museums Ludwig vom 14. März bis 05. Juli 2015 - Sponsoringvertrag mit der Volkswagen AG
3809/2014

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 Mitteilungen der Verwaltung

19.1 Baumängel Kulturzentrum am Neumarkt
4005/2015

19.2 Archäologische Zone und Jüdisches Museum
3382/2014

20 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Antrag der CDU-Fraktion betreffend " Aktuelle Stunde zur regionalen Kulturförderung des LVR 2015 - Coloniahaus der Freien Volksbühne Köln (Millowitsch Theater)" AN/0212/2015

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass der Kulturausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland in seiner Sitzung am 21.01.2015 die Regionale Kulturförderung 2015 beschlossen habe. Unter anderem sei dort ein Antrag der Stadt Köln zur Förderung der Sanierungsarbeiten an dem Coloniahaus der Freien Volksbühne Köln in der Aachener Straße (Millowitsch-Theater) mit einem erheblichen Betrag genehmigt worden. Dies sei grundsätzlich positiv zu bewerten, denn es sei begrüßenswert, dass in Köln weiterhin Volkstheater gespielt werde. Das Millowitsch-Theater habe schließlich erheblich zur Profilierung des Kulturstandortes Köln beigetragen. Er hält es jedoch für wichtig, dass Dinge die solch weitreichenden Konsequenzen tragen, im Ausschuss Kunst und Kultur diskutiert werde. Es dürfe nicht sein, dass man aus der Presse erfahre, dass die Kölner Kulturverwaltung plane, diesen Theaterstandort mit öffentlichen Geldern zu fördern. Die Verwaltung müsse den Ausschuss Kunst und Kultur über die Planungen informieren und der Freien Szene sowie dem Theaterbeirat die Gelegenheit geben, in den Informationsaustausch einzutreten. Die CDU-Fraktion spricht sich im Übrigen dagegen aus, dass Gelder aus der Theaterförderung in städtebauliche Angelegenheiten hineinfließen. Er macht darauf aufmerksam, dass in dem entsprechenden Antrag unter anderem die Aussage gestanden habe, dass die Angelegenheit in den politischen Gremien der Stadt Köln diskutiert worden sei. Er zeigt auf, dass dies jedoch nie stattgefunden habe. Von daher wäre es aus seiner Sicht zumindest sinnvoll gewesen, die Vertreter der Stadt Köln im LVR frühzeitig über die Absicht dieses Antrages in Kenntnis zu setzen. Er merkt an, dass die beantragten Mittel sechsmal so hoch seien, wie die von anderen Antragstellern im Umland. Dies sei in der vergangenen Sitzung des Kulturausschusses LVR deutlich geworden. Dies halte er für unmöglich, wenn man die Solidarität der umliegenden Kommunen wolle. Er zeigt sich alles in allem enttäuscht über die Informationspolitik und hofft, dass sich dies in Zukunft ändere. Abschließend schlägt er vor zu beschließen, gemeinsam mit der Verwaltung einen Workshop einzurichten und das Thema ausführlich in den Fachgremien zu diskutieren.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass die Stadt Köln als Gebietskörperschaft jedes Jahr kulturelle Förderanträge dieser Art als Koordinator an den LVR weiterleite. Hierbei handele es sich um das normale Tagesgeschäft und deshalb bestehe keine Pflicht der Unterrichtung der Gremien. Als man wegen der Sanierung des Millowitsch-Theaters auf sie zugekommen sei, habe man beschlossen den Antrag an den LVR weiterzureichen. Sie habe den Antragstellern von Anfang an mitgeteilt, dass hierfür in der Kulturverwaltung keine Mittel zur Verfügung stehen und auch nicht beabsichtigt sei, diese im Haushalt einzustellen. Sie unterstreicht, dass der Antrag nicht mit oberster Priorität, sondern mit dem Hinweis auf eine Förderwürdigkeit weitergeleitet worden sei. Die Entscheidung, welche Förderanträge der LVR bewillige, obliegt alleine den Gremien des Landschaftsverbandes Rheinland. Sie macht außerdem darauf aufmerksam, dass kein entsprechender Antrag an die Stadt Köln, weder beim Kulturamt noch beim Amt für Denkmalpflege und Denkmalschutz, gerichtet worden sei. Im Übrigen hält sie das Millowitsch-Theater für eine wichtige Institution in Köln.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Klarstellung des Sachverhaltes.

Frau Brunn zeigt sich überrascht über die Debatte und erinnert daran, dass vor etwa drei Jahren der damalige Vorstand der Volksbühne alle politischen Fraktionen aufgesucht und dort das Projekt vorgestellt habe. Sie würde es begrüßen, wenn ein Konzept entwickelt würde, um das Traditionstheater zu erhalten. Dies müsse in einer Form geschehen, die in keiner Weise die Projektförderung für die Freie Szene in Frage stelle. Sie hält es für wichtig, dass hierfür auch überregionale Mittel erworben werden.

RM von Bülow bittet darum ein Management einzurichten, um die Kulturpolitik darüber zu informieren was über den LVR gefördert werde und auf welche Weise. Dies sei aus ihrer Sicht für die Frage wichtig, wohin zusätzliche Fördermittel fließen sollten. Sie hält es für erforderlich zu erfahren, welchen Beschluss die Gremien des LVR kürzlich zur Förderung des Sanierungsvorhabens der Freien Volksbühne aktuell gefasst haben und inwieweit dieser Förderbeschluss mit einer möglichen städtischen Förderung verknüpft sei. Auch die weiteren Fragen der schriftlichen Anfrage ihrer Fraktion beziehen sich auf die Zukunft des Ganzen und der Theaterlandschaft in Köln, um klare Fakten und den aktuellen Sachstand zu erhalten und um mögliche Gerüchte aus der Presse aus der Welt zu schaffen.

Herr Dr. Wackerhagen bestätigt, dass die Geschäftsführung der Volksbühne seine Fraktion aufgesucht habe und dabei viele Fragen erörtert worden seien. Im Übrigen schließt er sich der Fragestellungen seiner Vorrednerin an. Er fragt weiter, warum in der Vorlage zur Sitzung des Kulturausschusses des LVR stehe, dass die antragstellende Mitgliedskörperschaft die politischen Gremien informiert habe. Dies sei ein Widerspruch zu der Aussage der Beigeordneten Laugwitz-Aulbach.

RM Stahlhofen ist der Auffassung, dass es in der Sache nicht so sehr um kulturellen Inhalt gehe, sondern eher um die Erhaltung des Gebäudes. Sie möchte deshalb wissen, wer in der Stadtverwaltung hierfür zuständig sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach unterstreicht erneut, dass es sich bei diesem Verfahren um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handele und eine Vorabinformation sei in solchen Fällen nicht üblich. Hierüber habe sie sich über das Rechtsamt rückversichert. Wenn künftig gewollt sei, Auflistungen über Förderungen seitens des LVR vorzulegen, könne man dies jedoch tun. Abschließend weist sie den Vorwurf, sie habe bestimmte Gremien nicht informiert, klar von sich. Ansonsten bestätigt sie, dass das Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege hierfür zuständig sei und sich mit der Sache befasst habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass es hier um die Förderung eines Denkmals gehe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach teilt mit, dass der bewilligte Antrag des LVR noch nicht vorliege. Wenn dies der Fall sei, werde der Ausschuss Kunst und Kultur entsprechend informiert.

RM Dr. Elster ist der Auffassung, dass es sich auf jeden Fall um ein Kulturprojekt handele. Schließlich habe die Kulturverwaltung den gestellten Antrag an den LVR weitergeleitet. Er erinnert daran, dass mit der Comedia ein ähnliches Thema parallel im Ausschuss Kunst und Kultur behandelt worden sei. Er möchte deshalb wissen, ob für das Coloniahaus der Freien Volksbühne ebenfalls Städtebaufördermittel beantragt worden seien. Er unterstreicht, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in jedem Fall für die Angelegenheit zuständig sei und hierüber informiert werden müsse. Er bittet deshalb darum, das Thema Städtebaufördermittel genauer zu erörtern und unterstreicht den Beschlussvorschlag seiner Fraktion, hierzu einen Workshop einzurichten, wo der gesamte Sachverhalt und der Beschluss des LVR diskutiert werden könne.

Herr Prof. Schäfer ist der Auffassung, dass die Verwaltung sich in der Sache vollkommen korrekt verhalten habe, da es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handle. Wenn dem nicht so sei, müsse man beantragen, dass jeder Antrag einer Kölner Einrichtung der gegenüber dem Land oder dem LVR gestellt werde, in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden müsse, ob dieser berechtigt sei. Dies sei in seinen Augen jedoch absurd und deshalb lehne er die Einrichtung eines Workshops, welches seines Erachtens einem Unterausschuss gleichkäme, ab.

RM von Bülow geht davon aus, dass die gestellten Fragen ihrer Fraktion zur nächsten Sitzung beantwortet werden und schlägt deshalb zum weiteren Verfahren vor, dann zu entscheiden, ob ein entsprechender Workshop notwendig sei oder nicht. Im Übrigen sei ihr die Bedeutung der Aussage in dem an den LVR gestellten Antrag, dass die beteiligten Gremien informiert seien, nicht ganz klar. Sie möchte wissen, ob es hier eine gewisse Diskrepanz gebe.

Herr Tautkus merkt an, dass kein entsprechender Antrag an die Stadt Köln gestellt worden sei und deshalb beantragt er, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden.

Herr Dr. Wackerhagen spricht sich dafür aus, dass einige der im Rahmen der aktuellen Stunde gestellten Fragen sofort zu beantworten seien. Dies betreffe insbesondere die Frage nach den beteiligten Gremien der Stadt Köln.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach wiederholt erneut, dass im Passus des LVR stehe, dass die zuständige Mitgliedskörperschaft bestätige, dass die Information der politischen Vertretungen im Sinne der geltenden Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln erfolgt sei. Das Rechtsamt habe ihr bestätigt, dass eine Vorabinformation an die politischen Gremien über das Geschäft der laufenden Verwaltung nicht üblich sei.

RM Henseler vertritt die Meinung, dass es hier um ein gewisses Gremienverständnis gehe. Wie gehe der Ausschuss Kunst und Kultur mit seinem Selbstverständnis um und wie gestalte er dieses im Benehmen mit der Verwaltung, der man in dem vorliegenden Fall keinen Vorwurf machen könne. Er schlägt jedoch vor, dass die Verwaltung in den Fällen, in denen der Ausschuss Kunst und Kultur ein Interesse haben könnte, diesen auf dem Wege einer Mitteilung zu informieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fasst zusammen, dass der Ablauf in der Angelegenheit durch die vom Rat der Stadt Köln verabschiedete Zuständigkeitsordnung geregelt sei und die Verwaltung habe zugesagt, die offenen Fragen schriftlich zu beantworten. Sie hält es für wichtig, dass Transparenz hergestellt werde und darüber nachzudenken, welche Informationen man im Zusammenhang mit den im LVR gestellten Förderanträgen wolle. Im Übrigen gehe es in dem vorliegenden Fall um die Fördermittel des Landschaftsverbandes und um Baumittel zur Ertüchtigung und Sanierung des Gebäudes. Aus ihrer Sicht sei in der Diskussion deutlich geworden, dass es sich bei der Genehmigung der Fördermittel durch den LVR um eine positive Entscheidung für die Kultur- und Theaterlandschaft in Köln handle.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht auf die Vorschläge zum weiteren Verfahren in der Sache aufmerksam. Dies seien zum einen die Einrichtung eines Workshops und zum anderen die Beantwortung der offenen Fragen abzuwarten, um dann zu entscheiden, wie man damit umgehen wolle.

RM Dr. Elster teilt mit, dass seine Fraktion die Forderung nach einem Workshop zunächst zurückziehe und die Beantwortungen der Verwaltung abwarten wolle.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Angelegenheit in die Verwaltung und bittet in diesem Zusammenhang darum, die unter Tagesordnungspunkt 5.2 vorliegende Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schriftlich zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Hinweis:

Die Aktuelle Stunde wurde gemeinsam mit der als Tischvorlage vorgelegten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Coloniahaus der Freien Volksbühne“ behandelt.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Strategiekonzept der Stadtbibliothek Köln - aktualisierte und überarbeitete Auflage 3264/2014

Jahresbericht 2014 der Stadtbibliothek Köln 3967/2015

Die Direktorin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation das Strategiekonzept und den Jahresbericht der Stadtbibliothek Köln.

Herr Prof. Schäfer fragt, in welchen Sprachen die im Vortrag genannte Zweisprachigkeit stattfindet und ob dieses Thema in Kindergärten und Schulen transportiert werde. Außerdem erkundigt er sich nach der Wirkungsorientierung und ob Programme geändert werden, wenn die Wirkung nicht das gewünschte Ziel erreiche.

Frau Reinhardt hält das Heranführen junger Leserinnen und Leser an neue Medien aber auch an Bücher für besonders wichtig.

Herr Tautkus lobt insbesondere die Arbeit der Stadtbibliothek im interkulturellen Bereich. Er erkundigt sich nach der Entwicklung der Stadtteilbibliotheken und möchte wissen, wann das Haus Balchem wieder nutzbar sei. Im Übrigen halte er die Jahresbeiträge für die Nutzer der Stadtbibliothek in Höhe von 38 € für zu hoch und weist in diesem Zusammenhang auf den wesentlich geringeren Beitrag in Berlin von lediglich 10 € hin. Selbst KölnPass-Inhaber müssen 13 € zahlen. Er fragt, wie dies verbessert werden könne. Schließlich sei die Zahl der eingetragenen Nutzer seit 2011 zurückgegangen, was man auf den hohen Jahresbeitrag zurückführen könnte. Abschließend fragt er, ob sein Eindruck richtig sei, dass in letzter Zeit der Ankauf neuerer Literatur zurückstehe und inwieweit die Möglichkeit genutzt werde, Sachspenden einzuwerben.

RM von Bülow unterstreicht, dass die Stadtbibliothek auch in ihrer Neuausrichtung weiterhin ein hohes Bildungsideal vermittelt. Sie erinnert daran, dass die Gebührenordnung umgestellt worden sei, weil dadurch die immer stärker im Fokus stehende

neue Mediennutzung mit dem Jahresbeitrag verzahnt worden sei. Sie merkt an, dass Schülerinnen und Schüler keine Gebühren zu leisten haben.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes erkundigt sich nach der Entwicklung der Besucherzahlen von Menschen mit Migrationshintergrund und welche dieser Gruppen das Angebot der Stadtbibliothek besonders stark nutzen.

Die Direktorin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erklärt, dass es viele Anfragen von Integrationsgruppen und Integrationskursen gebe, so dass dies aus personellen Gründen und mangels Räumlichkeiten fast nicht zu bewältigen sei. Sie weist darauf hin, dass beispielsweise eine Teilnehmerin eines Integrationskurses ehrenamtlich einen Gesprächskreis für Menschen die deutsch lernen, gegründet habe und diesen auch leite. Des Weiteren arbeite man intensiv mit Schulen und Kindertagesstätten zusammen. Insbesondere, was den Bereich Integration anbelangt, in Kalk, Nippes, Mülheim und Chorweiler. Dort habe man beispielsweise Alphabetisierungsstudios eingerichtet. Sie erläutert weiter, dass bezüglich der Stadtteilbibliotheken der größte Zuwachs in der Juniorbibliothek in Bocklemünd, die von den Auszubildenden der Stadtbibliothek geführt werde, stattgefunden habe. Suboptimal sei, dass die Juniorbibliothek lediglich dreimal pro Woche geöffnet sei.

Zum Thema Wirkungsorientierung erklärt sie, dass sich Kultur und Qualität nur ganz schwer messen lasse. Hier schaue man unter anderem, ob es sich ins Portfolio und die Prioritätenliste der Stadtbibliothek integrieren lasse und überlege bereits bei der Angebotsplanung, welche ganz konkreten Wirkungen man erzielen möchte.

Bezüglich der Jahresbeiträge macht sie darauf aufmerksam, dass die Besucherzahlen dennoch gestiegen seien. Der angesprochene Rückgang der Nutzer seit 2011 lasse sich dadurch erklären, dass oft auf einem Ausweis Dinge für mehrere Personen ausgeliehen werden. Dies sei schwer steuer- und ermittelbar.

Sie führt weiter aus, dass der Ankaufsetat seit Jahren nicht gekürzt worden sei, sich jedoch auf dem gleichen Level wie 2008 befinde, die Nutzungen im gleichen Zeitraum jedoch um 60% zugenommen haben und es demnach eine Negativentwicklung bei der Medienausstattung gebe. Inzwischen habe man eine Nutzungssoftware erworben, mit der könne man die Nachfrage und Vorbestellung jedes einzelnen Buches feststellen. Bezüglich des kulturellen Erbes und des Sammelns erklärt sie, dass dies nur in begrenztem Umfang die Aufgabe einer öffentlichen Bibliothek sei. Dafür seien wissenschaftliche Bibliotheken zuständig. Das Thema Sachspenden komme für die Zentralbibliothek nur sehr eingeschränkt in Frage. Allerdings werden die beiden Minibibs mit Sachspenden betrieben.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erläutert sie, dass es unterschiedliche Sprachangebote gebe. Dies sei neben türkisch auch spanisch, englisch und russisch.

Betreffend Haus Balchem hofft sie auf die Eröffnung in der zweiten Jahreshälfte.

RM Stahlhofen möchte wissen, ob es auch entsprechende Angebote in Porz gebe. Im Übrigen halte sie den Familienbeitrag nach wie vor für zu hoch.

Herr Saurenbach fragt, inwieweit Literatur zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz vorliege oder ob man hierfür das NS-Dokumentationszentrum aufsuchen müsse.

RM Gutzeit erkundigt sich, ob sich Jugendliche eher auf neue Medien konzentrieren oder ob es dennoch eine große Nachfrage nach Büchern gebe.

Die Direktorin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erklärt bezüglich der Nachfrage zur Stadtteilbibliothek Porz, dass man diese im Blick habe und es dort personelle Veränderungen

gen gegeben habe. Allerdings stoße man gesamt betrachtet an seine personellen Grenzen. Zum Thema Familienbeitrag weist sie darauf hin, dass Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren vom Beitrag befreit seien und dass junge Familien das Angebot der Bibliothek stark nutzen. Das Angebot in den Stadtteilbibliotheken sei auch entsprechend ausgerichtet. Sie macht zudem darauf aufmerksam, dass man für Literatur zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz nicht das NS-Dokumentationszentrum aufsuchen müsse. Zu diesem Thema sei vieles in der Stadtbibliothek verfügbar.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass die Stadtbibliothek eine wichtige Säule der Kultur in Köln sei und dankt im Namen des Ausschusses der Direktorin und ihrem Team für das große Engagement.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die beigefügte aktualisierte und überarbeitete Auflage des Strategiekonzeptes der Stadtbibliothek Köln und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss Kunst und Kultur den Jahresbericht der Stadtbibliothek zur Kenntnis.

2.2 Vorstellung der neuen Referentin für Bildende Kunst und neue Medien

Die Referentin für Bildende Kunst, Literatur und Neue Medien im Kulturamt Nadine Müseler stellt sich dem Ausschuss Kunst und Kultur vor. Die Kunsthistorikerin und Kulturmanagerin berichtet, dass es in ihrem neuen Aufgabengebiet um die Beratung der freien Initiativen, der Künstlerinnen und Künstler bei deren Projekten, derer Ate-liersuche sowie bei deren Beantragung von städtischen und weiteren öffentlichen Fördergeldern gehe. Außerdem zähle zu ihren Aufgaben die Entwicklung und Beratung zu neuen kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen. In diesem Zusammenhang macht sie auf ihre Erfahrung in der interkulturellen Entwicklungs- und Kulturarbeit sowie ihre mehrjährige Zuständigkeit für die Öffentlichkeitsarbeit des Goethe-Instituts im Ausland aufmerksam. Sie berichtet weiter, dass sie ihr Studium der Kunstgeschichte, neueren deutschen Literaturwissenschaften und des Städtebaus 2004 an der Universität Bonn abgeschlossen habe. Neben dem Studium sei sie unter anderem Gasthörerin an der KHM und bis 2002 Redaktionsassistentin bei der Kultursendung „Kulturzeit“ von 3sat/ZDF in Mainz gewesen. Es folgten 3 Jahre Berufserfahrung in verschiedenen kulturellen Bereichen der freien, privatwirtschaftlichen Szene im Rheinland und dem europäischen Ausland. Im Jahre 2007 folgte dann die feste Mitarbeit bei der Galerie für zeitgenössische Kunst „Fiedler Contemporary“ (heute Taubert Contemporary, Berlin) und der Galerie für Designklassiker „Ulrich Fiedler“ in Köln. Mit der Aufnahme in das Fortbildungsprogramm des Goethe-Instituts für zukünftige Führungskräfte verlagerte sich ihr Arbeitsmittelpunkt 2008 in die arabischen Länder Maghreb und Marokko. In den vergangenen 6 Jahren habe sie dort mit Partnern der Zivilgesellschaft, Festivals, der freien Szene und offiziellen Institutionen wie Ministerien und Kultureinrich-

tungen aus Nordafrika und Europa rund 80 Kooperationen durchgeführt. Hierbei habe die Förderung kreativer Talente, die Beratung der Kulturakteure vor Ort, der Partner- und Netzwerkaufbau genauso im Vordergrund gestanden wie die mittel- und langfristige Planung und die Erstellung von Konzept-, Strategiepapieren und Programmleitlinien für das Goethe-Institut und die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Nordafrika/Nahost und den Mittelmeerländern. Ganz konkret umfasste die internationale Kulturförderung in ihrer Zuständigkeit neben bi- und multilateralen und spartenübergreifenden Begegnung- und Produktionsformaten, Residenzprogramme, Kulturmanagement-Fortbildungen, die Beratung der Partner beim Strukturaufbau und der Finanzmittelakquise sowie der Förderabwicklung. Außerdem die Organisation von überregionalen Netzwerk- und Expertentreffen, einem Think Tank zur kulturellen Bildung, Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowie eine Reihe von Projekten und Ausstellungen zu gesellschaftspolitischen Themen. Sie hebt hervor, dass bei ihrer Tätigkeit die Förderung der Jugendkultur, das Erschließen neuer Publikumsgruppen, die Förderung der freien Szene als treibender Kraft sowie erste Initiativen der Kreativwirtschaft und natürlich die Stärkung des interkulturellen Dialogs und Austausches. Sie freut sich, Köln durch ihren Job neu entdecken zu können und ist für alle Hinweise und Anregungen offen und dankbar. Sie habe bereits begonnen, einige Vorschläge zur Verbesserung der Sichtbarkeit ihrer Arbeit für und mit der freien Szene intern anzusprechen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Vorstellung und fügt hinzu, dass der dargestellte Erfahrungsbackground der neuen Referentin für Bildende Kunst und neue Medien der freien Szene und Köln sicher gut tun werde.

2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Musik 0143/2015

Kulturamtsleiterin Foerster weist darauf hin, dass entgegen der Ankündigung der Text der Mitteilung nicht mit dem Musikbeirat abgestimmt worden sei.

Auf Nachfrage von der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erklärt der Geschäftsführer von ON – Neue Musik Herr Mennicken, dass nicht der Musikbeirat sondern der IFM der Vertreter der Freien Musikszene in Köln sei.

Herr Mennicken, Geschäftsführer ON – Neue Musik und Herrn Prof. Manderscheid, Dekan des Fachbereichs Pop/Jazz an der Hochschule für Musik und Tanz Köln erläutern den Inhalt des Berichtes.

Herr Post merkt an, dass Köln als Musikstadt mit Blick auf die freie Szene mit der Vielfalt und Qualität der Künstler und des Angebotes durchaus mit Berlin mithalten bzw. teilweise sogar höher angesiedelt werden könne. Er zeigt sich aber auch enttäuscht über die gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Gesamtsituation. Als Beispiel nennt er die Rekrutierung neuer Spielstätten. Hier seien in den letzten zehn Jahren bereits einige hinzugekommen. Er sehe die Problematik darin, dass durch die Konkurrenz und die vielen Angebote die einzelnen Veranstaltungen eher schlecht besucht werden. Dies gelte insbesondere für den ambitionierten Jazzbereich. Auch die Forderung nach einem neuen Festival hält er nicht zwingend für notwendig. Die Strukturen in Köln seien, auch international betrachtet, mit der Philharmonie und vielen Themenfestivals gut abgedeckt. Er ist der Auffassung, die vorhandenen Mittel zu konzentrieren, um Festivals die nicht direkt spezifischen Jazz bieten, wie beispielsweise „Acht Brücken“ zu stärken und besser zu bewerben.

RM von Bülow möchte wissen, ob es im Bereich Jazz ein Netzwerk gebe, um sich gemeinsam stärker in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Außerdem fragt sie nach den Chancen eines großen Jazz-Festivals. Zudem erschließe sich ihr nicht ganz die Abgrenzung zwischen globaler Musik und beispielsweise dem Jazz. Sie bittet darum, dies näher zu erläutern. Abschließend fragt sie nach dem Grund, warum es im Bereich Neue Musik ein gut funktionierendes Netzwerk gebe und in den anderen Bereichen nicht.

Herr Deutsch hält öffentlichkeitswirksame Ereignisse wie beispielsweise ein großes Festival für durchaus begrüßenswert. Ihn würde interessieren, wie man mit den Desideraten umgehen wolle und welche Folgen es gegebenenfalls für die Verwaltung gebe. Er regt an, dass zu den regelmäßigen Berichten aus der Freien Szene Stellungnahmen der Verwaltung abgegeben werden, wie sie mit den beschriebenen Problemstellungen, gemeinsam mit der Politik, umgehen wolle.

RM Dr. Elster macht auf die Festlegung im Kulturentwicklungsplan bezüglich des Standortes Köln als Musikstadt aufmerksam. Um diese Entwicklung voranzutreiben fehle es neben den finanziellen Mitteln auch an entsprechenden Räumlichkeiten. Ein entsprechendes Kataster über geeignete Räumlichkeiten sei seitens der Verwaltung immer noch nicht vorgelegt worden. Er fragt, welcher Bedarf an Räumlichkeiten für Musik vorliege und was die Verwaltung gemeinsam mit der Politik tun könne, um die Anforderungen zu erfüllen. Außerdem bittet er darum weitere notwendige Möglichkeiten zur Förderung der Globalen Musik aufzuzeigen.

RM Henseler bezieht sich auf die Aussage, dass ein regelmäßig tagender runder Tisch mit dem Ziel, eine größere Anzahl von Spielstätten für Live-Musik in Köln zu ermöglichen anstatt sie zu verhindern oder einzuschränken, eingerichtet werden soll und fragt, was in der Vergangenheit eingeschränkt oder verhindert worden sei und welche Gründe es dafür gegeben habe. Zudem hätte er gerne gewusst, ob die Verwaltung beabsichtige den vorgeschlagenen runden Tisch einzurichten.

RM Stahlhofen vermisst eine Konkretisierung bezüglich der geforderten Aufstockung des Etats. Sie möchte wissen, was unter klanglich sinnvollen Räumen für Alte Musik zu verstehen sei.

Herr Prof. Schäfer macht darauf aufmerksam, dass das Papier des IFM ganz bewusst nicht mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen sei. Schließlich sei seiner Zeit vom Ausschuss Kunst und Kultur beschlossen worden, nur die Berichte aus den einzelnen Sparten der Freien Szene vorzulegen. Er erkundigt sich, wie weit die dargestellten Überlegungen des Landes seien, Köln und insbesondere den Stadtgarten zu einem Jazzzentrum NRW mit europäischer Ausstrahlung auszubauen und fragt nach konkreten Gesprächen mit der Stadt Köln.

Herr Prof. Manderscheid berichtet, dass das Land NRW im Musikbeirat vertreten sei und dort sei die Idee entstanden, ähnlich wie in Amsterdam, in Köln ein Jazzzentrum ins Leben zu rufen, da es hier auch bereits erste Schritte in diese Richtung gebe. Der Vorschlag, ein großes Jazz-Festival einzurichten, sei nicht neu, aber es könne die Bereitschaft des Landes NRW geben in eine solche Richtung einzuschwenken. Hier seien noch viele Gespräche zu führen und das Vorhaben sei schließlich noch im Anfangsstadium.

Herr Mennicken erklärt, dass Globale Musik ein weites Feld sei worüber man ausgiebig diskutiere. Konkret gebe es eine Gruppe von Musikern, die in Köln durch bestimmte Förderraster falle. Diese habe ihre Musik mitgebracht und komme nun unter anderem mit weltlicher Musik in Berührung. Dadurch entstehe ein ganz bestimmter Schmelztiegel von musikalischen Ausdrucksmöglichkeiten. Für diese Gruppe gebe es

keinen eigenen Anlaufpunkt wie beispielsweise ON für die Neue Musik. Er berichtet, dass es mit der Akademie der Künste der Welt einen regen Austausch mit den Akteuren der Globalen Musik in Köln gebe. Die Jury des Open Call 3 der Akademie der Künste der Welt habe ein Projekt der Globalen Musik zur Förderung vorgesehen.

Bezüglich der Räumlichkeiten für Alte Musik erläutert er, dass man hierfür eine bestimmte Akustik und ein Surrounding benötige und deshalb nicht alle Räume geeignet seien. Dies funktioniere beispielsweise wunderbar in Kirchen. Es sei jedoch wünschenswert einen Saal zu haben, der akustisch funktioniere und den man selbst verwalten könne.

Herr Prof. Manderscheid zeigt auf, dass die bereits existierende Förderung der Spielstätten im Bereich Jazz und improvisierte Musik dazu führen soll, dass es beispielsweise Konzertereignisse in unterschiedlichsten Lokalisationen gebe. Hierfür sei auch der runde Tisch einzurichten, um geeignete Spielorte für Live-Musik zu finden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Erläuterungen und begrüßt, dass die Hochschule für Musik und Tanz von der Öffentlichkeit noch mehr wahrgenommen werde und sich stärker vernetze. Sie weist darauf hin, dass man sich darauf verständigt habe, dass sich die Politik schwerpunktmäßig mit den einzelnen Sparten befasse und mit Akteuren, die aus dem Kreis der jeweiligen Akteure bestimmt werden, Gespräche führe. Dies sollte absichtlich nicht von der Verwaltung bewertet werden. Sollte dies nun anders gewünscht werden, müsse man darüber diskutieren.

Herr Deutsch erklärt, dass ihm eine entsprechende Reflektion der gewonnenen Erkenntnisse und Anregungen wichtig sei.

Kulturamtsleiterin Foerster erläutert, dass es bereits so etwas wie runde Tische mit der Freien Szene gebe. Sie nennt in diesem Zusammenhang die Erarbeitung des Kulturentwicklungsplans oder des Förderkonzeptes. Sie unterstreicht, dass Themen aus der Freien Szene im Kulturamt stets reflektiert und thematisiert werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es durchaus für sinnvoll, die bisherigen Berichte aus der Freien Szene mit Blick auf die Beratungen zum Kulturentwicklungsplan und künftige Diskussionen systematisiert, strukturiert und transparent darzustellen.

Herr Prof. Dr. Lemper befürchtet, dass nach der Kenntnisnahme des Berichtes und der geführten Diskussion die Sache ad acta gelegt werde. Es sei richtig, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung sei die vorgelegten Berichte der Freien Szene zu bewerten. Allerdings könne die Verwaltung seines Erachtens Schlussfolgerungen aus dem was hier dargestellt worden sei ziehen, daraus konkrete Vorschläge erarbeiten und diese dem Ausschuss Kunst und Kultur vorlegen.

Herr Prof. Schäfer macht deutlich, dass der Ausschuss Kunst und Kultur, mit seinem damaligen Beschluss über die Darstellung der Vertreter der Freien Szene, die Verwaltung nicht gebeten habe, über die entsprechende Ausgangslage eine Aussage zu treffen. Sondern habe vielmehr die Freie Szene gebeten, in ihren Berichten beispielsweise Fragestellungen, Herausforderungen und Kritik zu formulieren. Nach seiner Auffassung sei es Aufgabe der Kulturpolitik, welchen Weg man einschlage und zwar, indem man sich beispielsweise für ein europäisches Jazzzentrum oder ein Festival ausspreche. Danach könne man entsprechende Anträge formulieren und an die Verwaltung stellen.

RM von Bülow schließt sich dem an und hält die Berichterstattung der Freien Szene im Ausschuss Kunst und Kultur nach wie vor für richtig und wichtig.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Darstellung und wünscht für die künftige Arbeit viel Erfolg.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Kulturbauten

3.1 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben 0050/2015

RM von Bülow erinnert daran, dass im Unterausschuss Kulturbauten darum gebeten worden sei, alle Kulturbauten in diesem Zeitraster aufzuführen, um eine bessere Übersicht zu erlangen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Bericht über den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums Köln 0056/2015

RM Dr. Elster stellt dar, dass im Unterausschuss Kulturbauten durch die Kulturverwaltung unter anderem mitgeteilt worden sei, dass man sich mit dem LVR im besten Einvernehmen befinde und das Projekt auf einem guten Weg sei. Im Kulturausschuss des LVR sei allerdings die Verkleinerung des Raumprogramms heftig kritisiert worden. Er kritisiert die mangelhafte Berichterstattung der Verwaltung im Unterausschuss Kulturbauten und zur heutigen Ausschusssitzung.

Herr Prof. Schäfer macht aus seiner Sicht deutlich, dass im Unterausschuss Kulturbauten nicht der Eindruck erweckt wurde, dass eine andere Linie als die des LVR vertreten werde. Nach seinem Wissensstand gebe es einen noch auszuwertenden Schriftverkehr zwischen der Stadt Köln und dem LVR. Hier müsse man seines Erachtens das Ergebnis abwarten. Im Übrigen könne man die Angelegenheit im Lenkungsausschuss diskutieren.

RM von Bülow schließt sich ihrem Vorredner an und unterstreicht, dass der politische Lenkungsausschuss extra dafür gebildet worden sei, um beispielsweise zwischen dem LVR und der Stadt Köln in dieser Sache zu vermitteln.

RM Henseler zeigt auf, dass im Unterausschuss Kulturbauten sich lediglich deren ordentliche Mitglieder an den Diskussionen beteiligen dürfen und er als Mitglied des Ausschusses Kunst und Kultur gegebenenfalls eine Frage stellen dürfe. Er kritisiert dieses Verfahren und macht darauf aufmerksam, dass dadurch die Diskussionen stets doppelt geführt werden. Außerdem spricht er sich gegen die Behandlung in „geheimen Gremien“ aus und befürwortet eine öffentliche Aussprache zu dem Thema. Abschließend fragt er, ob die Größenordnung der Kostenüberschreitung auch öffentlich mitgeteilt worden seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister distanziert sich von den Vorwürfen der Geheimhaltung von Fakten und Gesprächen und unterstreicht, dass in öffentlichen Sitzungen über die Angelegenheit gesprochen werde. Sie macht zudem darauf aufmerksam, dass die Beigeordnete in den letzten Sitzungen ausführlich über die Kostensteigerung berichtet und man darüber diskutiert habe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach zeigt Unverständnis dafür, dass dieses außerordentliche Projekt bei manchen Mitgliedern des Ausschusses nicht die Begeisterung hervorhebe, wie -trotz des schwierigen Weges- beispielsweise bei der Verwaltung des LVR und der Stadt Köln. Natürlich erfordere das Projekt immer wieder Innovationen, um weiter zu kommen. Hierzu gehören beispielsweise Diskussionen über die Räumlichkeiten oder die zur Verfügungsstellung eines Vortragssaales, wozu es eine baldige Lösung gebe. Sie könne sich nicht vorstellen, dass beispielsweise das Land NRW 32 Mio. € für ein Projekt geben würde, ohne sich nicht absolut sicher zu sein, dass die Archäologische Zone und das Jüdische Museum über Köln, NRW und weit darüber hinaus strahlen und Begeisterung hervorrufen werde. Abschließend bittet sie den gesamten Ausschuss darum, den Weg für dieses singuläre Projekt mitzugehen.

Herr Deutsch vertritt die Auffassung, dass gerade Köln für dieses Projekt prädestiniert sei und man ausreichend Material und Gegenstände auf der vorgesehenen Fläche gewinnbringend präsentieren könne. Alleine die Fundstücke seien hierfür sicher ausreichend. Im Übrigen sei ihm die Linie einiger Mitglieder des Ausschuss nicht ganz klar, die von einer Dramatik der Raumreduzierung sprechen und das Projekt ständig kritisieren. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Hinblick auf die Kosten das Raumprogramm verringert worden sei.

RM Dr. Elster weist die Kritik seines Vorredners zurück und macht darauf aufmerksam, dass er die unterschiedlichen Darstellungen im Unterausschuss Kulturbauten und im Kulturausschuss des LVR kritisiert habe. Er fordert im Namen seiner Fraktion, dass das vom LVR erarbeitete Betriebskonzept dem Ausschuss Kunst und Kultur vorgestellt werde. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass nur noch eine Restfläche von fünfundzwanzig Prozent gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Fläche zur Verfügung stehen solle, welche für die geplante Darstellung der vier Epochen bei weitem nicht ausreichen werde. Er hält es nach wie vor für falsch, dass die Fläche des Rathauskellers herausgestrichen worden sei.

Herr Tautkus begrüßt den Vertrag der Stadt Köln mit dem LVR und geht davon aus, dass Friktionen im Lenkungsausschuss beseitigt werden. Natürlich erwarte er, dass der Ausschuss über das Nichteinhalten des Vertrages informiert werde. Er hofft, dass man in einem solchen Fall eine Lösung herbeiführen könne, um nicht von dem Vertrag zurückzutreten und damit das gesamte Projekt beerdige. Er erwartet, dass bei möglichen Kostensteigerungen alle an einem Strang ziehen und mit Begeisterung das Privileg wahrnehmen, im Herzen Kölns diesen historischen Schatz ausstellen zu dürfen.

Herr Prof. Schäfer merkt an, dass er noch nie eine Debatte erlebt habe, die so intensiv, kontrovers und öffentlich geführt worden sei, wie über die Archäologische Zone und das Jüdische Museum. Er plädiert dafür, die Diskussionen im Unterausschuss Kulturbauten fortzusetzen und den Ausschuss Kunst und Kultur in Kenntnis zu setzen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister würde die Vorstellung des vom LVR erarbeiteten Betriebskonzeptes in einer der nächsten Sitzungen Ausschuss Kunst und Kultur begrüßen, möchte dies jedoch als Bitte formulieren.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.3 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall
0059/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

5 Schriftliche Anfragen

**5.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Sanierung Stadtbibliothek"
AN/0171/2015**

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Diese werde dem Ausschuss Kunst und Kultur gemeinsam mit der noch offenen Beantwortung einer gleichlautenden Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt. Hier werde dann auch die entsprechende Beschlussvorlage zur Sanierung der Stadtbibliothek behandelt.

**5.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Coloniahaus der Freien Volksbühne"
AN/0213/2015**

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit der aktuellen Stunde unter Tagesordnungspunkt A behandelt.

6 Schriftliche Anträge

**6.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung"
AN/0119/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung"
AN/0214/2015**

Herr Tautkus merkt an, dass Kulturschaffende in Köln zu viele Ressourcen für die Administration ihrer Förderung zur Verfügung stellen müssen, was sie in ihrer eigentlichen Arbeit beeinträchtigt. Die Freie Szene leide in ihrer Arbeit unnötig unter komplizierten Finanzierungsregelungen. Er weist darauf hin, dass eine Einführung der Festbetragsfinanzierung in der Kulturförderung als Regelfinanzierungsart ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden könne. Dies habe die Landesregierung NRW in ihrer Begründung zu dem Entwurf für das Kulturfördergesetz klargestellt. Dies sei auch Bestandteil des Änderungsantrages, dem seine Fraktion zustimme und demnach ihren ursprünglichen Antrag zurückziehe. Er bittet die Verwaltung darum, den Ausschuss vorab über einzelne Schritte der Bearbeitung zu informieren. Außerdem hält er es für

sinnvoll bei der Bearbeitung der Neuerungen im Kulturfördergesetz die Möglichkeit zu prüfen, ob man Projektmittel auf allgemeine Ausgaben umlegen könne.

Herr Prof. Schäfer geht davon aus, dass sich alle Fraktionen über eine Entbürokratisierung der Kulturförderung einig seien, denn der Aufwand sei für alle Beteiligten sehr groß. Er begrüßt das Kulturfördergesetz des Landes, welches unter anderem mit dem Grundgedanken erarbeitet worden sei, dass die Kulturförderung im kommunalen Bereich die aufgegriffenen Perspektiven übernehmen und eigene Regelungen entwickeln könne. Aus seiner Sicht müsse die Festbetragsfinanzierung im Kontext mit dem Kulturfördergesetz gesehen werden und hierbei seien die Begriffe Nachhaltigkeit und Planungssicherheit besonders wichtig. Es sei vorstellbar, dies über einen Kulturförderplan zu regeln. Er unterstützt im Übrigen den Vorschlag einer stufenweisen Umsetzung der Angelegenheit und bittet alle Fraktionen dem Antrag zuzustimmen.

RM von Bülow fügt hinzu, dass ihr die Verzahnung zu den Förderplänen der einzelnen Sparten wichtig sei und dargestellt werden müsse.

RM Dr. Elster macht deutlich, dass seine Fraktion dem zurückgezogenen Antrag der Fraktion Die Linke durchaus zugestimmt hätte. Allerdings sei durch den Änderungsantrag aus dem ursprünglichen Vorschlag etwas ganz anderes geworden. Er hält es für eine Frechheit, dass der Ausschuss Kunst und Kultur beschließen soll, dass die Landesregierung NRW mit dem Kulturfördergesetz eine tolle Sache erarbeitet habe. Im Übrigen sei aus der Sicht einiger Fachleute, wie beispielsweise der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, dieses neue Gesetz völlig wirkungslos. Gegen die in dem Änderungsantrag gestellten Fragen habe er jedoch keine Einwände.

Herr Tautkus fragt sich, ob der erste Absatz des Beschlusstextes tatsächlich für die Beschlussfassung erforderlich sei. Schließlich wolle man die Zustimmung aller Fraktionen erlangen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Danach erklärt Kulturstadtleiterin Foerster, dass das Kulturamt bereits vor dem Beschluss des Kulturfördergesetzes die darin genannten Möglichkeiten auf ihre Umsetzung für die Kulturförderung der Stadt Köln geprüft habe. Insbesondere stehe die Einführung einer Festbetragsfinanzierung für die Projektkostenzuschüsse im Vordergrund. Im Dezember 2014 habe dazu bereits ein erstes Gespräch mit dem Rechnungsprüfungsamt stattgefunden, welches unter bestimmten Kriterien der Einführung einer Festbetragsfinanzierung für Projektkostenzuschüsse positiv gegenüber stehe. Um eine verwaltungsinterne Klärung herbeizuführen, werde momentan ein an das Rechnungsprüfungsamt gerichtetes Schreiben vom Rechtsamt geprüft. Ziel sei es, vor der Sommerpause dem Ausschuss Kunst und Kultur und dem Rat als Beschlussorgan, eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die dargestellte Vorgehensweise der Verwaltung und sagt die Unterstützung des Ausschusses in der Angelegenheit zu.

Beschluss:

Mit dem Kulturfördergesetz geht das Land einen neuen Weg die Kulturförderung in eine gesetzliche Rahmung zu passen und zugleich auch Möglichkeiten der Entbürokratisierung der Förderung offensiver zu realisieren. Das kommt vor allem der freien Szene zugute und sollte auch für Köln eine neue Perspektive eröffnen.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur begrüßt die Verabschiedung des Kulturfördergesetzes im Dezember 2014 durch den Landtag NRW und sieht darin eine Grundlage, die Kunst- und Kulturförderung durch das Land nachhaltig zu sichern. Wenngleich das Gesetz grundsätzlich Regelungen für die Landesförderung trifft, so eröffnet es Ge-

meinden und Gemeindeverbänden die Möglichkeit, ihrerseits Impulse für eine Weiterentwicklung der Förderung zu setzen. Hierzu bedarf es keiner weiteren Gesetzesänderung. Der Ausschuss bittet die Verwaltung daher folgende Punkte zu prüfen:

1. Welche Schlussfolgerungen für die Förderung auf kommunaler Ebene insbesondere mit Blick auf die Finanzierungsart können gezogen werden?
2. Wie kann die Förderung der freien Szene entbürokratisiert und z.B. durch eine Festbetragsfinanzierung und weitere Maßnahmen der Verwaltungsaufwand insgesamt deutlich minimiert werden? Die jeweiligen Maßnahmen sind mit ihren Vor- und Nachteilen darzustellen.
3. Auf welche Weise können Fördervereinbarungen zwischen Land und der Stadt Köln sinnvoll sein um eine größere Verbindlichkeit zu erreichen?
4. Wie könnte ein Konzept aussehen, das beinhaltet, die für Köln gültigen Förderpläne für die freie Szene mit den Instrumenten des Landes-Kulturfördergesetzes zu verzahnen im Hinblick auf Planungssicherheit und Nachhaltigkeit?

Der Ausschuss bittet die Verwaltung bis zur Sommerpause das Ergebnis ihrer Prüfungen mitzuteilen und geeignete Vorschläge vorzulegen, wobei die Entbürokratisierung schnellstmöglich umgesetzt werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – zugestimmt.

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln 2469/2014

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke betreffend "Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln"
AN/0215/2015**

Die stellvertretende Vorsitzende von Bülow übernimmt die Sitzungsleitung.

RM Stahlhofen teilt mit, dass man grundsätzlich über das Schwerbehindertengesetz diskutieren müsse.

Die stellvertretende Vorsitzende von Bülow bemerkt, dass in der neuen Entgelt- und Gebührenordnung eine Gebühr von 3,50 € für Überweisungen anfallt, die sich ihr nicht erschließen. Sie bittet darum, dies genauer zu erläutern.

Die Verwaltungsleiterin der Puppenspiele Herbst erklärt, dass bisher aus technischen und personellen Gründen die Möglichkeit einer Überweisung nicht gegeben gewesen sei. Mittlerweile sei dies eingerichtet worden, so dass die Kunden nun Überweisungen tätigen können, die man dann bearbeitet, ausdrückt und verschickt. Hierfür wolle man eine entsprechende Bearbeitungsgebühr erheben.

RM von Bülow möchte wissen, ob der Kunde bei einer Onlinebestellung seine Tickets nicht selber drucke bzw. ob dies langfristig angedacht sei.

Frau Herbst erwidert, dass direkte Onlinebestellungen bei den Puppenspielen nicht möglich seien. Dies werde über KölnTicket geregelt.

Herr Deutsch nimmt an, dass die Puppenspiele Mehreinnahmen erwarten, die bisher jedoch in den städtischen Haushalt fließen. Dies habe im letzten Jahr zu einer Steigerung von Tantiemenzahlungen geführt. Er fragt, ob nun eine entsprechende Vorsorge getroffen worden sei, damit es durch erhöhte Einnahmen nicht zu einer Schlechterstellung des Budgets der Puppenspiele komme.

RM Dr. Elster spricht sich inhaltlich für den Änderungsantrag aus, kritisiert jedoch das Verfahren. Er berichtet, dass im AVR über die Vorlage beraten worden sei und hierbei habe der Behindertenbeauftragte darauf aufmerksam gemacht, dass eine Schlechterstellung für Menschen mit Behinderung drohe. Danach sei vereinbart worden, dies den nachfolgenden Gremien mitzuteilen. Er hätte es begrüßt, wenn man einen gemeinsamen Antrag formuliert hätte.

RM Stahlhofen sieht ebenfalls eine Schlechterstellung für Menschen mit Behinderung und hält es für sinnvoll den entsprechenden Teil in der Entgeltordnung zu überprüfen und einen erneuten Vorschlag vorzulegen.

Herr Sörries bittet darum, die dazugehörige Niederschrift des AVR zu Rate zu ziehen, damit man den Forderungen der Behindertenverbände nachkommen könne.

Referent Allerödter erklärt zu der Frage nach den Mehreinnahmen, dass diese erst zu einem späteren Zeitpunkt verbucht werden konnten und natürlich bei den Puppenspielen verbleiben. Es sei im Dezember zugesagt worden dieses Verfahren so zu verändern, dass Mehreinnahmen zeitnah zur Verfügung gestellt werden können und man dadurch nicht zum Ende des Jahres in die Situation gelange, wegen Tantiemenzahlungen eine Üpl.-Vorlage zu fertigen.

Beschluss Änderungsantrag:

Der vorliegende Beschlussentwurf wird um folgenden Punkt ergänzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entgelt- und Benutzerordnung in § 5 Eintrittspreise und Ermäßigungen hinsichtlich der Ermäßigungsregelungen für Schwerbehinderte und Köln-Pass-Inhaber gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen in der Benutzerordnung der Bühnen Köln zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Festsetzung der Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Anlage 1 **mit der Ergänzung, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Entgelt- und Benutzerordnung in § 5 Eintrittspreise und Ermäßigungen hinsichtlich der Ermäßigungsregelungen für Schwerbehinderte und Köln-Pass-Inhaber gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen in der Benutzerordnung der Bühnen Köln zu überarbeiten.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Sonderausstellungen

8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2015 3557/2014

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2015" AN/0207/2015

Frau Brunn hält es für sehr schwierig die schriftlich vorgelegten Fragen zu beantworten. Sie schlägt daher vor, dass die Fragensteller und die Verwaltung sich entsprechend kurzschließen mögen, um eine Kernaussage zu erarbeiten.

RM von Bülow macht deutlich, dass die Fragen vor dem Hintergrund gestellt worden seien, dass beispielsweise das Budget für Sonderausstellungen nicht auskömmlich gewesen sei und es dadurch zu Nachfinanzierungen komme. Sie unterstreicht, dass ihre Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde, bittet jedoch darum zu erläutern, warum der Landeszuschuss auf null gesetzt worden sei. Außerdem habe sie ein Problem mit der Darstellung, dass Anfragen über Spenden oder Sponsoring in den Auflistungen bereits als feste Zusage eingepreist worden seien. Sie möchte wissen wie sicher es sei, dass der zugesagte Zuschuss auch tatsächlich komme.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bittet um eine komplette Jahresübersicht der geplanten Sonderausstellungen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt zu, die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schriftlich zu beantworten. Hierbei werde man bestimmte Punkte fokussieren, damit die wichtigsten Fragen beantwortet werden können. In absehbarer Zeit werde man die einzelnen Fragen nicht bis ins letzte Detail beantworten können. Bezüglich der Jahresübersicht zu den Sonderausstellungen erklärt sie, dass man eine Liste der geplanten Titel und Inhalte anbieten könne. Aber es sei am Anfang des Jahres nicht machbar bereits eine Gesamtaufstellung vorzulegen.

Museumsreferent Troost ergänzt, dass zur nächsten Ausschusssitzung eine Übersicht vorgelegt werde, die eventuell noch drei weitere Projekte aufweisen werde. Er weist darauf hin, dass der neue Direktor des Museums Ludwig zum 1. Februar 2015 seinen Dienst beginnen werde, aber seine neuen Projekte könne man wahrscheinlich noch nicht in der März Sitzung präsentieren. Bezüglich der Zuschüsse macht er auf die zusätzliche Bemerkung im Beschlusstext aufmerksam, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Im letzten Jahr habe es zwei avisierte Zuschüsse für eine Sonderausstellungen im Museum für Ostasiatische Kunst nicht gegeben, so dass man für die Nachfinanzierung einen entsprechenden Beschluss im Ausschuss Kunst und Kultur habe fassen lassen. Zu den fehlenden Landeszuschüssen erklärt er, dass nicht alle Projekte berücksichtigt worden seien. Allerdings seien noch Zuschüsse für das Römisch-Germanische Museum denkbar. Betreffend der Spenden und Sponsoren berichtet er, dass man zuversichtlich sei, alle zugesagten Spenden einwerben zu können.

Herr Deutsch fragt, warum das Römisch-Germanische Museum und das Museum Schnütgen nicht in der vorliegenden Planung auftauchen.

Museumsreferent Troost erläutert, dass dies unter anderem daran liege, dass der Direktor des Römisch-Germanischen Museums, Dr. Trier, momentan kommissarisch die Archäologische Zone betreue und die Kalkulation deshalb noch nicht fertiggestellt werden konnte. Das Museum Schnütgen macht nach der Heiligen-drei-Königen-Ausstellung ein kleineres Projekt, welches in der nächsten Sitzung vorgestellt werde. Im Rautenstrauch-Joest-Museum müsse man die bauliche Situation abwarten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der Beschlussbegründung aufgeführten Ausstellungsprojekte der Museen unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2015 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Annahme von Schenkungen

**9.1 Schenkung Baukhage an das Kölnische Stadtmuseum
3487/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Schenkung von 42 Werken aus der Kunstsammlung des verstorbenen Malers Gerd Baukhage (10.Juli 1911-01.März 1998) und seiner Witwe Maria Theresia Baukhage-Solbach mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Beendigung des Projektes "Residenz- und Research-Programm für den Freien Tanz" zum 31.12.2014 3600/2014

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Fortsetzung des StadtLabors für Kunst im öffentlichen Raum 3858/2014

Herr Tautkus begrüßt die Fortsetzung des Projektes wünscht sich jedoch, sich nicht nur auf das Planquadrat Innenstadt zu konzentrieren, sondern auch unterprivilegierte Stadtteile in den Blick zu nehmen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Umsetzung der Anregungen für die Sparte Musik

Frau van Duiven möchte wissen, wie die in der heutigen Sitzung gegebenen Anregungen zum Schwerpunktthema Musik konkret umgesetzt werden und bittet darum, den Ausschuss darüber in Kenntnis zu setzen.

Die stellvertretende Vorsitzende von Bülow schließt die öffentliche Sitzung

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Brigitta von Bülow
(stellv. Vorsitzende)